Morgen-Ausgabe
No. 211. — 56. Jahrgang.

Berliner Volks-Zeitung

Beiblatt
Mittwoch, 6. Mai 1903

Deutscher Reichstag.

150. Sitzung vom 5. Mai.

(Schluß.)

Die Lloyd-Subvention.

Abg. **Liebermann v. Sonnenberg** (wirtsch. Vg.): Wir haben zwar in der Kommission gegen die Regierungsvorlage gestimmt, da wir es für unsere Pflicht halten, Sparsamkeit zu üben. Da wir aber andererseits die Bedeutung der regelmäßigen Dampferverbindung erkennen, haben wir unseren Antrag eingebracht, den wir Ihnen zur Annahme empfehlen. An die Regierung möchte ich die Bitte richten, so wichtige Vorlagen nicht wieder so spät einzubringen, daß es uns fast unmöglich ist, sie genau zu prüfen. Wir werden die sozialdemokratische Resolution annehmen, die sich auf die Verwendung farbiger Arbeiter bezieht. Den anderen sozialdemokratischen Antrag, der in dem Vertrag mit dem Lloyd die Aufhebung des Verbots der Einfuhr landwirtschaftlicher Produkte fordert, können wir ab.

Abg. **Erzberger** (Ztr.): Meine politischen Freunde lehnen die Regierungsvorlage ab, werden jedoch für den Antrag Liebermann-Lattmann stimmen. Wenn ein Zentrumsredner so gesprochen hätte wie Graf Kanitz, dann würde man sicher uns wieder den Vorwurf machen, antinational zu sein. Dem Reichstag kann man keinen Vorwurf machen, wenn die Vorlage abgelehnt wird. Die Schuld dafür trifft nur die Regierung, da sie eine Vorlage eingebracht hat, ohne für die nötige Deckung zu sorgen. Wir brauchen nicht alles zu bewilligen, was der Lloyd fordert, der Antrag Lattmann bietet einen Weg der Verständigung. Keiner im ganzen Hause ist so für die Regierungsvorlage eingetreten wie der Abg. Hormann, und dabei waren die Freisinnigen früher prinzipielle Gegner jeder Subvention. Geklagt wird darüber, daß die Personentarife auf den subventionierten Linien, namentlich nach Neu-Guinea, viel zu hoch sind. Man sollte deshalb dahin streben, sie herabzusetzen.

Abg. **Molkenbuhr** (soz.) erörtert die einzelnen Bestimmungen der früher mit dem Lloyd abgeschlossenen Subventionsverträge. Als diese Verträge abgeschlossen werden sollten, war der deutsche Schiffbau noch nicht so weit wie heute, deshalb legte man dem Lloyd die Verpflichtung auf, daß seine Schiffe nur aus deutschem Material auf deutschen Werften gebaut werden durften. Ebenfalls sollte er nur deutsche Kohle verwenden. Heute sind solche Bestimmungen nicht mehr zeitgemäß. Die Bestimmungen über die Verwendung farbiger Mannschaften sind derart, daß geradezu eine Prämie dafür gezahlt wird, keine weiße Mannschaft zu verwenden. Die Verwendung farbiger Mannschaften stellt geradezu eine Sklaverei dar; die schlechte Behandlung dieser Leute wird schließlich auch auf die Weißen übertragen. Unrichtig ist es, daß nur Farbige den Dienst in den Tropen versehen können; wenn nur gute Ventilationseinrichtungen und gesunde Arbeitsräume vorhanden sind, können auch Weiße den Dienst tun. Man sollte deshalb auch in den Verträgen Bestimmungen zum Schutze der Mannschaften aufnehmen.

Abg. **Gothein** (fr. Vg.) verteidigt die Regierungsvorlage. Wer eine Entwickelung unserer Kolonien wolle, müsse für gute Verkehrsverbindungen sorgen. Nur wer das tue, arbeite dahin, daß die Kolonien sich einmal selbst erhalten können.

Abg. **Schweikhardt** (d. Vp.): Der Norddeutsche Lloyd ist eine Erwerbsgesellschaft wie jede andere. Man kann ihm nicht zumuten, daß er unrentable Linien unterhält, nur weil sie dem Reich nützen.

Staatssekretär **v. Bethmann-Hollweg**: Die verbündeten Regierungen können zu dem Antrag Lattmann erst Stellung nehmen, wenn er zum Beschluß erhoben worden ist. Mit dem Lloyd haben wir sofort nach Bekanntwerden des Antrags Lattmann Verhandlung eingeleitet, die aber noch nicht zum Abschluß gediehen sind.

In der Abstimmung wird der § 1 der Regierungsvorlage gegen die Stimmen der Freisinnigen, der Nationalliberalen und eines Teils der Rechten abgelehnt; dagegen der Antrag Lattmann (Normierung der Erhöhung auf 230.000 Mark) gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Polen angenommen.

Der Rest der Vorlage wird dadurchfallen angenommen.

Die Resolution Albrecht (soz.) auf Nennenung der Bemannungsliste, Nichtverwendung farbiger Schiffsleute und Revidierung des Vertrages mit dem Lloyd wird abgelehnt.

Die Kolonialbahnen.

Es folgt die zweite Beratung der Ergänzungsetats, die die Vorlagen über die Kolonialbahnen und die dazu erforderlichen Anleihen enthalten.

Es handelt sich um Forderungen für die Usambarabahn von Mombo bis zum Panganifluß sowie die Bahn von Daressalam—Morogoro bis Tabora, ferner um den Bau der Kamerunsudbahn, der Togobahn Lome—Atakpame und der Bahn in Südwestafrika von Seeheim nach Kalkfontein.

Die Kommission hat dem Bau der Bahnen zugestimmt.

Abg. **Ledebour** (soz.): Meine Freunde sind gegen die Vorlagen, denn es handelt sich hier nur um Forderungen, die im Interesse großkapitalistischer Unternehmungen liegen und zur Ausbeutung der Eingeborenen dienen werden. Auch der Einwand, daß deutsche Arbeiter durch den Bahnbau Beschäftigung finden werden, ist für uns nicht stichhaltig. Denn schließlich könnte man ja auch unter dem Vorwande, den Arbeitern Beschäftigung zu geben, den Vorschlag machen, zur Verschönerung der Döberitzer Heerstraße den ganzen Grunewald abzuholzen und auf dem Terrain eine Nachahmung der Pyramide von Gizeh aufzubauen. In Berlin hat man ja in den fünfziger Jahren, nur um den Arbeitern Beschäftigung zu geben, die Rehberge abtragen wollen, aber man hat die Berliner nur ausgelacht wegen ihrer Rehbergerei. Mit dem Einwande, den Arbeitern Beschäftigung zu geben, soll man uns also nicht kommen. Es handelt sich hier um große und wichtige Vorlagen, die in letzter Stunde noch durchgepeitscht werden sollen. Die Blockparteien haben sogar ein Schweigegelöbnis abgelegt.

Der Redner geht hierauf auf Einzelheiten der Vorlagen ein und sucht nachzuweisen, daß die Regierung die Entwürfe nicht mit der nötigen Sorgfalt ausgearbeitet habe. Das war schon früher so, als

Der Zylinder des Herrn Spahn

ein maßgebendes Instrument in der Kolonialabteilung war. Damals konnten Sie (zum Zentrum) noch Aeußerungen durchsetzen. Heute gelingt Ihnen dies nicht mehr, und wenn Sie alle Ihre Zylinderhüte aufsetzen. (Heiterkeit.) Um die Sache etwas schmackhafter zu machen, hat man sogenannte Kolonialanleihen vorgeschlagen. Aber die deutschen Steuerzahler müssen doch alles bezahlen; es kommt auf dasselbe heraus, ob Kolonialanleihen ausgegeben werden oder ob das Reich die Bahnen bar bezahlt. Dann, in den Kolonien fehlt es doch an den Trägern der Verantwortlichkeit für solche Anleihen. Wenn wir die Anleihen ablehnen, dann tun wir das aus einem gewissen Mitgefühl mit dem neuen Schatzsekretär (Heiterkeit); denn er würde sicher wieder einen gewaltigen Schreck bekommen, wenn er auch diese Anleihen bezahlen soll. Argumente werden Sie sicher nicht übersehen, aber die Art, wie die Mehrheit jetzt die Geschäfte betreibt, ist geradezu skandalös. (Glocke des Präsidenten.) Ich protestiere dagegen im Interesse des Parlamentarismus. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Das Wort wird nicht weiter verlangt, sämtliche Vorlagen werden unverändert angenommen, dagegen stimmen nur die Sozialdemokraten und die Polen.

Die Ostmarkenzulagen.

Es folgt die zweite Beratung des Nachtragsetats, der die Ostmarkenzulagen für die Postbeamten und die Militärbeamten und Unteroffiziere enthält. Die Freisinnigen haben hierzu einen Antrag Ablaß und Genossen eingebracht, der die Zulagen für die Unteroffiziere streichen und die Regierungsforderung um 210.000 Mark herabsetzen will.

Abg. Dr. **Pachnicke** (fr. Vg.) befürwortet diesen Antrag.

Generalleutnant **Gizi v. Arnim**: Der Antrag ist ebenso unerfreulich wie unerwartet. Mit vollem Recht hat man die Unteroffiziere mit in die Vorlage aufgenommen, denn die Zulage soll doch solchen Herren gewährt werden, die im Osten unter den schwierigsten Verhältnissen jahrelang leben müssen. Hierzu gehören aber auch die Unteroffiziere. Ich kann Sie daher nur dringend bitten, den Antrag Ablaß abzulehnen.

Schatzsekretär **Sydow** erklärt, daß die Regierung, wenn sie in den folgenden Jahren wieder Ostmarkenzulagen fordern werde, dabei genau nach denselben Grundsätzen verfahren werde wie heute.

Abg. **Gröber** (Ztr.) bekämpft grundsätzlich die Ostmarkenzulagen, da diese nur eine Belohnung für politische Dienste sein sollten.

Schatzsekretär **Sydow**: Gegenüber der Rede des Herrn Gröber muß ich nochmals betonen, daß die Vorlage keine politische Bedeutung hat. (Widerspruch im Zentrum.) In Preußen ist es anders, Preußen hat politische Beamte, die hat das Reich nicht. Die Postbeamten, die Militärbeamten und die Unteroffiziere sind doch keine politischen Beamten. Gegen eine Differenzierung der Beamten und Unteroffiziere muß ich mich ebenfalls aussprechen, ich kann Sie daher nur bitten, den freisinnigen Antrag abzulehnen.

Abg. **Brejski** (Pole) spricht sich ebenfalls gegen die Ostmarkenzulage aus. Wenn die Postbeamten und Militärbeamten auch keine politischen Beamten seien, so würden sie doch zu politischen Werkzeugen gemacht.

Abg. **Liebermann v. Sonnenberg** (wirtsch. Vg.): Man darf die Unteroffiziere nicht mit den Beamten gleichstellen. Es ist ein alter guter Grundsatz, daß jede Politik von der Armee ferngehalten wird. Wenn man aber den Unteroffizieren die Ostmarkenzulagen gewährt, könnte der Anschein erweckt werden, als ob dieser Grundsatz nicht mehr befolgt wird.

Abg. Dr. **Pachnicke**: Mit Politik hat die Vorlage nichts zu tun, es handelt sich nur darum, die Reichsbeamten nicht schlechter zu stellen als die preußischen. Außerdem sind die Ostmarkenzulagen doch nur ein Provisorium.

Abg. **Ledebour** (soz.): Meine Freunde werden zunächst für den Antrag der Freisinnigen stimmen, der die Ostmarkenzulagen doch etwas einschränkt. Dann aber werden wir gegen die ganze Vorlage stimmen. Es wird bestritten, daß es sich hier um eine politische Vorlage handelt. Aber wenn Sie an den Fall Schellenberg denken, dann können Sie doch nicht mehr annehmen, daß der Staatssekretär des Postamts politisch so harmlos ist. Ich konstatiere, daß die Freisinnigen mit sehenden Augen der Korruption der Beamten zusehen.

Hiermit schließt die Debatte. In namentlicher Abstimmung wird hierauf die volle Forderung der Regierungsvorlage (301.000 Mark für Militärbeamte und Unteroffiziere) bei zwei Stimmenthaltungen abgelehnt, während der Antrag Ablaß, der die 210.000 Mark für die Unteroffiziere streichen und nur 91.000 Mark für die Beamten bewilligen will, mit 167 gegen 157 Stimmen angenommen wird. Die Ostmarkenzulagen für die Postbeamten wurden mit 156 gegen 148 Stimmen angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfs über

die Haftung des Tierhalters.

Dem § 833 des Bürgerlichen Gesetzbuches soll folgender Zusatz gegeben werden:

„Die Ersatzpflicht tritt nicht ein, wenn der Schaden durch ein Haustier verursacht wird, das dem Berufe, der Erwerbstätigkeit oder dem Unterhalte des Tierhalters zu dienen bestimmt ist, und entweder der Tierhalter bei der Beaufsichtigung des Tieres die im Verkehr erforderliche Sorgfalt beobachtet oder der Schaden auch bei Anwendung dieser Sorgfalt entstanden sein würde."

Abg. **Gäbel** (Hosp.) befürwortet einen Antrag, dem § 833 folgenden weiteren Absatz hinzuzufügen: „Die Bienen gelten als Haustiere."

Abg. Dr. **Barenhorst** (Reichsp.) stimmt dem Antrage des Abg. Gäbel zu.

Staatssekretär des Reichsjustizamts Dr. **Nieberding**: Die Frage, ob die Biene ein Haustier ist, muß ich entschieden mit nein beantworten. Die verbündeten Regierungen erkennen die volkswirtschaftliche Bedeutung der Biene an, können aber nicht zugeben, daß in bezug auf die Bienen Bestimmungen in das Bürgerliche Gesetzbuch kommen, die mit anderen Gesetzen in Widerspruch stehen, in denen die Biene nicht als Haustier bezeichnet ist. Die Bienen müssen ausschwärmen. Wie soll da der Bienenzüchter nachweisen, daß er die erforderliche Sorgfalt aufgewendet hat? Ich kann nur bitten, den Antrag Gäbel abzulehnen.

Abg. **Steindel** (Ztr.) erklärt sich ebenfalls gegen den Antrag, die Tierhalter sollten aber nicht glauben, daß durch das Gesetz die ganze Haftpflicht der Tierhalter beseitigt werde.

Abg. **Stadthagen** (soz.): Einen Vorteil von dem Gesetz hat nur der Großgrundbesitzer. (Widerspruch rechts.) Wir lehnen die Vorlage ab, mit der Sie altes deutsches Recht umstoßen. Sie ist ein Ausnahmegesetz zugunsten aller Metzchen, die durch ein Tier verletzt werden. Redner befürwortet einen Antrag, wonach derjenige, der für einen Schaden deshalb nicht verantwortlich ist, weil ihm ein Versatz oder eine Fahrlässigkeit nicht zur Last fällt, doch den Schaden zu ersetzen hat, insoweit ihm nicht die Mittel entzogen werden, deren er zum standesmäßigen Unterhalt bedarf.

Abg. **Stolle** (soz.) bekämpft ebenfalls die Vorlage und bittet um Annahme des sozialdemokratischen Antrages.

Die Vorlage wird unter Ablehnung der Anträge angenommen.

Angenommen wird ferner noch eine Resolution der Kommission, den Reichskanzler um Vorlegung eines Gesetzentwurfs zu ersuchen, der die Unfallversicherungsgesetzgebung auf das bisher nicht versicherungspflichtige Fahr- und Stallpersonal ausdehnt.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfs auf Abänderung des § 63 des Handelsgesetzbuchs. Entgegen der Regierungsvorlage hat die Kommission beschlossen, daß

Handlungsgehilfen

im Falle der Krankheit nicht nur auf ihr volles Gehalt Anspruch haben, sondern auch auf Krankengeld.

Staatssekretär Dr. **Nieberding** erklärt, daß die verbündeten Regierungen aus wirtschaftlichen und moralischen Gründen nicht in der Lage seien, dem Beschlusse der Kommission zuzustimmen.

Das Haus nimmt mit großer Mehrheit den Kommissionsbeschluß an.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Nächste Sitzung: Mittwoch, 11 Uhr (Wahlprüfungen; Petitionen).

Schluß 7¾ Uhr.

Stadtverordnetenversammlung zu Schöneberg.

Sitzung vom 4. Mai.

Vor Eintritt in die Tagesordnung teilt Stadtverordnetenvorsteher Lohausen mit, daß die Vereinigung Berliner Architekten eine Eingabe eingesandt habe, in der gebeten wird, bei dem Bau des neuen Rathauses hervorragende Künstler mit heranzuziehen und ein Konkurrenzausschreiben zu erlassen. Der Vorsteher ist der Ansicht, daß, falls der Wunsch des Architektenvereins erfüllt würde, die Frage des Rathausbaues auf mehrere Jahre verzögert würde, deshalb sei es undenkbar, auf die Wünsche einzugehen.

Stadtv. Kuznitzky wünscht, daß bald ein Bauprogramm aufgestellt würde, dann erst könnte sich zeigen, ob eine Ausschreibung nötig ist oder nicht. Das Kollegium beschloß, die Eingabe vorläufig zurückzustellen und das Bauprogramm abzuwarten.

Das Kollegium beschloß, in den Monaten Juli und August Stadtverordnetensitzungen nicht abzuhalten.

Im Dezember v. J. hatte die Stadtverordnetenversammlung den Magistrat ersucht, in einer gemischten Deputation zu der Frage betreffend

Schaffung einer zwanglosen Organisation der Gemeinden Groß-Berlins

Stellung zu nehmen. Die zu diesem Zweck gebildete gemischte Deputation hat nach eingehender Erörterung der Sachlage beschlossen, der Stadtverordnetenversammlung zu empfehlen, dem Magistrat von Berlin die Anregung zu geben, eine zwanglose Organisation der Gemeinden Groß-Berlins zu schaffen, damit in periodischen Zusammenkünften Vertreter der interessierten Gemeinden gemeinsame Fragen erörtern können.

Stadtv. Wetekamp (lib.): Wie ich erfahren habe, soll von Spandau bis Potsdam am Wasser entlang eine Haveluferbahn gebaut werden; wenn die Nachricht auf Wahrheit beruht, dann ist es mit der Schönheit des Grunewalds vollständig vorbei. Es ist die höchste Zeit, daß sämtliche Vororte von Berlin sich zusammentun, überall, wo Gefahren auftauchen, einzugreifen; warten Sie nicht, bis es zu spät ist. Welche Schritte sind bis jetzt von dem Magistrat eigentlich getan, um den Waldverwüstungen entgegenzutreten und um einen Waldgürtel um Berlin zu schaffen?

Stadtverordnetenvorsteher Lohausen: Wenn alle 24 Vororte zusammenstehen, kann viel erreicht werden; besonders wichtig sind die Fragen der Beamten- und Lehrerbesoldung, der Errichtung von Krematorien, der Armenpflege usw.

Stadtv. Wetekamp: Ich bitte nochmals vom Magistrat um Auskunft darüber, was er auf unseren einstimmig angenommenen Antrag betreffend die Erhaltung des Grunewaldes zu tun gedenkt. Wir können doch erwarten, daß uns wenigstens eine Antwort gegeben wird.

Stadtv. Kuznitzky (lib.): Professor Wetekamp hat recht; ich schlage vor, die heutige Angelegenheit zu vertagen, bis der Magistrat eine Antwort gibt; es beruht eigenartig, wenn wir Anfragen und Anträge stellen und diese werden nicht beantwortet oder nicht berücksichtigt.

Bürgermeister Blankenstein: Die heutige Magistratsvorlage hat mit der Grunewaldfrage nichts zu tun.

Stadtv. Wetekamp: Ich stelle offiziell den Antrag, daß der Magistrat aufgefordert wird, uns in nächster Sitzung Mitteilung zu machen, was er auf unseren Antrag betreffend Erhaltung des Grunewaldes zu tun gedenkt.

Stadtverordnetenvorsteher Lohausen: Ich bitte, keinen Antrag zu stellen, sondern die Rückkehr des Oberbürgermeisters, der sich auf einer Dienstreise befindet, abzuwarten.

Stadtv. Wetekamp: Lange Zeit ist verflossen; es sind Monate vergangen, ohne uns einer Antwort zu würdigen. Die traurigen Verhältnisse im Grunewald schreiten rasch vorwärts. Ich will den Antrag zurückziehen, erwarte aber in nächster Sitzung Auskunft, was der Magistrat zu tun gedenkt.

Der Antrag der gemischten Deputation wurde hierauf einstimmig angenommen.

Eine mehrere Stunden dauernde Erörterung knüpfte sich an den Bericht des Ausschusses, das Grundstück Sedanstraße 49 anzukaufen, um darin ein Armenhaus zu errichten.

Stadtv. Jasow erstattete Bericht über die Ausschußverhandlungen und teilte mit, daß zum Ankauf des Hauses 150.000 Mark in Vorschlag gebracht worden seien.

Stadtv. Linicus: Vor einigen Wochen fragte ich den Magistrat, ob ein Armenhaus auf der Insel gebaut werden soll. Vom Magistratsvertreter wurde mir dies verneint; es geht aus dieser Aeußerung hervor, daß man nicht alles, was vom Magistrat gesagt wird,

für bare Münze nehmen darf.

Das Haus Sedanstraße 49 ist nicht mehr intakt und zu einem Armenhaus nicht geeignet; es ist viel zu teuer, denn wir müssen jährlich 10.000 Mark an Reparaturen usw. ausgeben. Lehnen Sie die Vorlage ab, wir wollen auf der Insel keinen Schandfleck.

Bürgermeister Blankenstein: Ich lege Verwahrung dagegen ein, daß die Aeußerungen des Magistrats nicht für bare Münze zu nehmen sind; eine Erklärung, die heute abgegeben wird, kann doch unter Umständen nach vierzehn Tagen nicht mehr richtig sein.

Stadtverordneter Starke (lib.): Wir lehnen eine Kasernierung der Armen ab; wir sind der Ansicht, daß Leute, die wenig moralischen Halt haben, nicht mit solchen, die noch nicht so tief stehen, zusammengebracht werden dürfen; Sie können nicht verlangen, daß wir unbescholtene Arme mit sogenannten verkommenen Elementen zusammenbringen. Die unbescholtenen Armen sollten in der Stadt verteilt werden; den verkommenen Elementen müssen die Kinder abgenommen werden. Die Kinder gehören in Pflegestätten, die Eltern müssen ebenfalls in Wohnungen über die ganze Stadt verteilt werden.

Stadtrat Walger: Ich stehe auf demselben Stadtpunkt, daß die Armen über die ganze Stadt verteilt werden. Hier handelt es sich aber um ein Provisorium, in zwei bis drei Jahren wird wahrscheinlich auf dem Südgelände ein großes Siechen- und Obdachlosenhaus errichtet werden.

Nachdem sich noch mehrere Stadtverordnete gegen den Ankauf des Hauses ausgesprochen hatten, wurde der Magistratsantrag abgelehnt.

Das neue Friedhofsprojekt des Stadtbaurats Gerlach im Südostgelände, das bei Wahrung des landschaftlichen Charakters und vorläufiger Beibehaltung der Wasserflächen eine bedeutende Erhöhung der Grabstellenzahl ergibt, wird nach dem Bericht des Stadtverordneten Weise angenommen; nur neun Mitglieder sind für Beseitigung der Wasserflächen, da sie die Erzeugung einer großen Mückenplage befürchten.

Lokales.

Soldaten als Tausendkünstler.

Ende des 18. Jahrhunderts benutzten die Soldaten in Berlin noch jede Gelegenheit, um sich auf irgendeine Weise ein paar Groschen zu verdienen. Eine Zeitlang war es eingerissen, daß sich besonders gewandte und schlaue Marssjünger im Lustgarten als Tausendkünstler förmlich etablierten und die Arbeiter, Handwerksgesellen und Dienstmädchen mit ihrem Hokuspokus anlockten.

Da saß beispielsweise ein Soldat auf einem Schemel und hatte einen Tisch vor sich, auf dem drei Karten lagen, darunter der Schellen- oder wie er damals genannt wurde, Schippenkönig. Auf diesen Schippenkönig machte er das Publikum besonders aufmerksam und empfahl ihm, auf sein Verbleiben aufzupassen. Er mischte dann ohne große Schnelligkeit die Karten durcheinander, so daß die Umstehenden meinten, die Lage des Schippenkönigs ganz genau zu kennen, und breitete sie nebeneinander auf dem Tische aus mit den Worten: Schippenkönig rechts, Schippenkönig links, Schippenkönig in der Mitte. Nun wurde mit dem Tausendkünstler gewettet, wo der König liege; gewöhnlich fielen die Passanten dabei hinein und setzten auf die falsche Karte.

Andere Soldaten machten Kunststücke mit Riemen, mit Gabeln, mit blechernen Löffeln; es fehlte ihnen nicht an Zuspruch. Sie sollen so gute Geschäfte gemacht und den Leuten so geschickt das Geld aus der Tasche geholt haben, daß ein Blatt aus der damaligen Zeit die Stände dieser Kunststückmacher als „Industrie-Conloirs" im Lustgarten bezeichnete.

Traurige Wohnungszustände.

Der soeben erschienene Bericht der Ortskrankenkasse für den Gewerbebetrieb der Kaufleute in Berlin enthält wiederum sehr beachtenswerte Mitteilungen über die Wohnungsverhältnisse in der Reichshauptstadt. Der Bericht über die Wohnungsenquete im Jahre 1902 stellt zwar einen kleinen Fortschritt zum Besseren fest, aber in ganz